



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Erwin Huber, Joachim Unterländer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Judith Gerlach, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Martin Neumeyer, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Eberhard Rotter, Dr. Harald Schwartz, Walter Taubeneder, Steffen Vogel** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/10531

Stellenabbau bei Siemens – Neue Perspektiven für die betroffenen Standorte schaffen

Der Landtag begrüßt den Aktionsplan der Bayerischen Staatsregierung in Zusammenhang mit dem von Siemens beabsichtigten Stellenabbau, der in engem Schulterschluss mit Siemens, der Arbeitsverwaltung, Vertretern der Kommunen, dem Betriebsrat und der IG Metall umgesetzt werden soll. Er begrüßt zudem die Zusage von Siemens, allen Auszubildenden die Ausbildung bis zum Abschluss im Betrieb zu ermöglichen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. Perspektiven für die Siemens-Mitarbeiter zu eröffnen, mit dem Ziel auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, alle Altersteilzeitmöglichkeiten auszuschöpfen und vor allem den internen Arbeitsplatzwechsel bei Siemens sowie die Weiterqualifizierung für neue Berufsfelder zu unterstützen. Zudem sollen gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung alle Instrumente zur Qualifizierung, Weiterbildung und Arbeitsvermittlung für die betroffenen Arbeitnehmer genutzt und Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und Arbeitsmarktfonds für die Region bereitgestellt werden;
2. das wirtschaftliche Umfeld an den betroffenen Standorten zu stärken und durch aktive Ansiedlungspolitik zu Schwerpunktregionen für die gezielte Akquise von Investitionen zu machen. Für neue Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in den Regionen sollen schnellstmöglich Regionalfördermittel bewilligt werden, um Arbeitsplätze zu sichern bzw. zu schaffen;
3. Zukunftspotenziale zu erschließen und gezielt Technologie-, Digitalisierungs- und Wissenschaftsprojekte an den betroffenen Standorten in Kooperation mit den örtlichen Hochschulen und Industriepartnern zu unterstützen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident